

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 22

Buchbesprechung: Allende und der Pluralismus : zu einem Buch im Zeitgeschehen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Allende und der Pluralismus

Zu einem Buch im Zeitgeschehen

Salvador Allende: «Chiles Weg zum Sozialismus». Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1972. 168 Seiten. Fr. 10.50.

Chiles Weg zum Sozialismus (marxistischer Prägung) ist als neue und eigene Variante in Frage gestellt. Die wirtschaftliche und politische Krise des Landes lässt die herkömmliche Variante kommunistischer Machtausübung nur um so wahrscheinlicher erscheinen. Die nationale Notlage ruft dem nationalen Notstand, und nichts ist grösser als die Versuchung, den Ausnahmezustand zum Normalzustand zu machen, um leichter regieren zu können.

Ausnahmezustand und Normalzustand

Das ist gerade in Lateinamerika eine Verführung beliebiger Regimes, und das ist darüber hinaus bis anhin wenigstens der gesetzmässige Weg jener Länder gewesen, die sich nominell zum Marxismus als Staats- und Gesellschaftsprinzip bekennen. Denn die Charakterzüge dessen, was in den «entwickelten kapitalistischen» (d. h. pluralistischen) Ländern der Ausnahmezustand ist, finden sich in den «sozialistischen» (d. h. kommunistisch regierten) Ländern als bestimmende Elemente der systemkonformen Normalität.

Seit dem Bürgerkriegskommunismus in Russland, mit dem Lenin unter anderem die Abkehr von den «leninschen Normen» einleitete, bis zur

Befreiungsbewegung auf Kuba, ist es immer das gleiche Lied gewesen: Der Klassenfeind zwingt uns zur Anwendung von Gewalt und zur Diktatur. Und wenn der Klassenfeind einmal liquidiert war, blieb die Diktatur übrig, verfestigte sich und wurde alleiniger Träger der Macht. Man übt sie im Namen des Proletariats oder des ganzen Volkes (UdSSR) aus, ohne den behaupteten Konsens je dem Test einer Wahl mit grundsätzlichen Alternativmöglichkeiten zu unterziehen, ja sogar ohne die Vorbedingung dafür zuzulassen, nämlich die Möglichkeit auf freie Äusserung und Vereinigung von Andersdenkenden.

Man mag die philosophische These vertreten (die genau so philosophisch ist wie Katechismus-Sätze), dass der Kapitalismus zum Faschismus führe, aber mittlerweile haben wir die Tatsache, dass noch alleweil die Abschaffung des Kapitalismus zum Faschismus geführt hat (und es ist zuhänden unserer ideologisierten Mitbürger denn doch sehr ausdrücklich festzustellen, dass das sogar kommunistische Faschismus-Definitionen miteinschliesst; wie kämen sonst die Chinesen und Sowjets dazu, einander Faschismus vorzuwerfen?).

Wieviel Faschismus braucht der Kommunismus?

Nun, es ist eine abstrakte Frage, ob die Abschaffung des Kapitalismus *notwendigerweise* auch die Abschaffung von Demokratie und Pluralismus mit sich bringe, aber sie wird immer wieder auch konkret gestellt, und zwar betrüblicherweise immer am Beispiel einer gerade *bevorstehenden* Transformation vom Kapitalismus zum Sozialismus, weil sich die Fälle der *durchgeführten* Transformation noch jedesmal als schlechtes Beispiel erwiesen haben. Mit andern Worten: die Vereinbarkeit von Sozialismus (Produktionsmittel in staatlichem oder gesellschaftlichem Eigentum) und pluralistischer Demokratie existiert überall als Versprechung, aber nirgends als Erfüllung.

Chile ist (oder muss man bereits sagen «war») das jüngste und repräsentativste Versprechen unserer Zeit in dieser Beziehung, unter anderem deshalb, weil es nicht lediglich durch wohlwollende Annahme von aussen impliziert wird, sondern immerhin ausdrücklich abgegeben wurde, und zwar durch den Mann, der an der Spitze des Staates diese Hoffnung personifiziert: Salvador Allende.

In welcher Ausdrücklichkeit ungefähr das Versprechen vorliegt oder zum mindesten vorgelegen hatte, lässt sich in deutscher Sprache an der Selbstdarstellung Allendes ersuchen, die in Buchform seine wichtigsten öffentlichen Äusserungen aus den ersten Monaten seiner Amtszeit wiedergibt.

Wer ist das Volk?

Allende über seinen Wahlsieg:

Nach Jahren politischen und sozialen Ringens... hat das chilenische Volk einen aussergewöhnlichen Sieg errungen. Er ist von solcher

Bedeutung, dass er den Gipfel einer Etappe und den Beginn einer neuen markiert. Das Volk hat seine Selbstidentifizierung vollzogen. Es ist an die Regierung gekommen und bereitet die Eröberung der Macht vor.

Diese und ähnliche Formulierungen sind ausgesprochen nicht ermutigend. Wenn schon jenes runde Drittel der Wahlteilnehmer, das der «Unidad Popular» zur relativen Mehrheit und zur Regierung verholfen hat, als «das Volk» angesprochen wird, so riecht es ganz bedenklich darnach, dass die spätere «Macht des Volkes» sich wie gehabt in der Macht eines obersten Gremiums ausdrückt, das vor lauter Identifizierung mit den Interessen des Volkes die Bevölkerung nicht mehr zu fragen braucht, ob sie das auch so versteht. «Alle Macht den Räten» hatte Lenin gefordert, und inzwischen sind in der UdSSR die Parlamente, die schon gar nicht aufgrund eines demokratischen Wettbewerbes mit Alternativmöglichkeiten bestellt werden, zur reinen formellen Ratifizierungsinstanz der Politbüro-Entscheidung geworden, zu Räten, die restlos aller Macht entkleidet sind.

Schade, dass solche «Volksverwechslung» bei Allende mit etwelcher Hartnäckigkeit vorkommt, sonst würde sie nicht im Widerspruch zu Stellen stehen, welche doch andere Einsichten ausdrücken:

Ich möchte noch hervorheben..., dass das Programm (der «Unidad Popular») ebenso wie die von uns eingeschlagene Taktik echt chilenisch ist. Ich wiederhole: dieses Programm ist nicht das Programm der Sozialistischen, der Kommunistischen, der Radikalen, der Sozialdemokratischen Partei... Ebenso habe ich gesagt, dass ich nicht der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, sondern der Präsident der «Unidad Popular» bin. Ferner habe ich gesagt, dass ich vom politischen und programmatischen Standpunkt aus gesehen nicht der Präsident der Chilenen bin. Aber ich habe auch gesagt, und davon wird mich nichts abbringen, dass es meine Pflicht ist, über die Ruhe, den Fortschritt und die Rechte aller Chilenen zu wachen, welches auch ihre politische Einstellung sein mag.

Pluralismus bis ?

Das tönt schon besser. Noch besser ist es allerdings, wenn die Bürger «welcher politischer Einstellung auch immer» selber über ihre Rechte wachen können. Und dazu müssen sie die Möglichkeit haben, ihre Rechte gegebenenfalls auch gegen jene Leute zu beanspruchen, welche von Spitzenpositionen aus im Namen des Volkes sprechen; das ist der Prüfstein dafür, ob die Herrschaft im Namen des Volkes auch tatsächlich eine Demokratie ist. Benötigt wird also die Freiheit des Andersdenkenden, die ihre gesellschaftliche Verwirklichung im Pluralismus findet. Und in der Tat bekennt sich Allende mehrmals explizit dazu. Aber es ist vielleicht ganz nützlich, als Beispiel hierfür eine Stelle zu nehmen, die eine Sequenz aufweist:

Es geht darum, unter Einhaltung der durch das gegenwärtige Rechtssystem aufgestellten Beschränkungen bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Gewalt wesentliche Änderungen durchzuführen, während wir mit Hilfe der gültigen institutionellen Organismen eine neue Legalität und den Embryo der zukünftigen Institutionen schaffen.



«Patria y Libertad» (Santiago) ist das Organ der gleichnamigen Partei, die militant oppositionell ist. Wahrscheinlich deshalb ist sie in der hiesigen Presse schlicht «faschistophil» genannt worden. Aber weil diese chilenische Oppositionszeitung, wie man sieht, mit einem Erinnerungsbild an den Hitler-Ribbentrop-Pakt Faschismus und Kommunismus einander gleichstellt, ergibt sich, dass sie, falls sie wirklich faschistophil ist, gleichzeitig auch kommunistophil sein muss. Ist sie aber kommunistophob, so muss sie gleichzeitig auch faschistophob sein. Diese Konsequenz ist offensichtlich aus ihrem eigenen Selbstverständnis zu ziehen.

Der einzige Richtungsweiser für unsern Weg zum Sozialismus ist der souveräne Wille des chilenischen Volkes, der sich in einer liberalen Demokratie wie der unsrigen über die heute vorhandenen Bahnen der Organisation und Repression äußert. Das ist es, was in Uebereinstimmung mit unserer Realität Chiles Weg zum Sozialismus genannt worden ist. Diese Regierung wird eine neue institutionelle Struktur ausarbeiten und ein Rechtssystem im Dienst der Volksinteressen einrichten. Das bedeutet, dass dies nicht mittels gewaltsamer Zerstörung, sondern mittels Ueberwindung der bestehenden Ordnung durchgeführt wird und dass diese Ordnung fortschreitend durch eine neue ersetzt wird, in dem Masse, wie es das Bewusstsein unserer Massen und die technischen Hilfsquellen gestatten.

Wir ziehen es vor, nicht von der Revolution zu sprechen, sondern sie zu verwirklichen: eine sozialistische Revolution in Demokratie, Pluralismus und Freiheit.

Dank der Anstrengungen und Opfer vieler Generationen herrschen heute in Chile Pluralismus, Legalität und öffentliche Freiheiten. Unser Weg zum Sozialismus will diese Errungenschaften vertiefen, damit sie tatsächlich in den Dienst der grossen Mehrheiten treten.

Das hört sich gut an auf dem Weg zum Sozialismus. Aber was, wenn der Weg zurückgelegt ist? Gelten diese freiheitlichen, rechtsstaatlichen, pluralistischen und demokratischen Tugenden dann auch in der neuen Ordnung im Dienste des Volkes? Für das Volk oder durch das Volk? Alle Zusicherungen beziehen sich auf den Weg und nicht auf das Ziel.

Das gilt auch für jene andere Stelle, die bei erster Lektüre nur als erfreulich explizite Abgrenzung zum sowjetischen Modell des «Sozialismus» auffällt:

Aufgrund seiner Singularität verfügt Chile über die nötigen sozialen und politischen Institutionen, um den Uebergang von Rückstand und Abhängigkeit zur Entwicklung und Autonomie auf sozialistischem Wege zu verwirklichen.

Die «Unidad Popular» ist konstitutiv gesehen der Exponent dieser Realität. Niemand möge von Täuschung reden: die Theoretiker des Marxismus haben niemals vorgegeben, dass eine einzige Partei beim Uebergangsprozess zum Sozialismus eine Notwendigkeit ist, und das wird auch von der Geschichte nicht demonstriert.

Das Mehrparteiensystem wird bejaht, aber hier schon deutlich begrenzt auf die Zeit des «Uebergangsprozesses». Und ganz genau in diesem Sinne der Vorläufigkeit hat es denn auch wirklich historische Exempel gegeben: in Osteuropa auf dem Wege zum sowjetischen Modell. Formell betrachtet gibt es in einigen osteuropäischen Ländern sogar heute noch mehrere Parteien. Allende mag das vergessen haben, und er hätte völlig recht, es zu tun. Denn sie stellen im Sinne einer Pluralität ganz einfach nichts dar, nicht einmal einen Fächer, schon gar nicht eine Alternative, geschweige eine Opposition.

Das sowjetische Modell: Abgrenzung und Bejahung

Wer immer Sozialismus und Demokratie in Aussicht stellt, kann für ein pluralistisches Demokratieverständnis erst dann glaubhaft sein, wenn er in aller Eindeutigkeit feststellt, dass er die Verbindung anders sieht als die kommuni-

stisch regierten Länder von heute, denn sonst nimmt er an deren Lüge teil und hat jedes Recht verwirkt, von einem «neuen Modell» zu sprechen. Und deshalb muss es ganz besonders interessant sein, zu sehen, wie sich Allende zu diesem Vergleich stellt:

Wie damals Russland steht Chile heute vor der Notwendigkeit, eine neuartige Konstitution der sozialistischen Gesellschaft ins Leben zu rufen: unsern revolutionären pluralistischen Weg, der von den Klassikern des Marxismus zwar vorgegenommen, aber niemals bisher konkretisiert wurde... Chile ist heute die erste Nation auf dem Erdball, die zur Gestaltung des zweiten Uebergangsmodells der sozialistischen Gesellschaft berufen ist.

Das alles ist soweit gut und schön. Es wäre noch besser abgegrenzt, wenn Allende nicht kurz zuvor für die Sowjetunion die «Diktatur des Proletariats» als Tatsache akzeptiert hätte, während dieser Begriff sowenig zutrifft wie die «Macht der Räte». Allende erklärt, dass man in Russland den Sozialismus eben in einem unterentwickelten Lande habe errichten wollen, woraus er den Verzicht auf Demokratie und Pluralismus ableitet — und hinnimmt. Und er nimmt es ferner kommentarlos hin, dass die Sowjetunion, mittlerweile schon längst zu einer erst-rangigen Industrienation geworden, Demokratie und Pluralismus immer noch nicht eingeführt hat. Sind diese Dinge nicht so erforderlich wie der als Ziel so vorbehaltlos geforderte Sozialismus? Und wie steht es mit der Errichtung des Sozialismus in der sowohl industrialisierten als auch demokratischen Tschechoslowakei?

Am positivsten nimmt sich noch die Stelle aus, wo Allende sagt:

Was mich angeht, so bin ich sicher, dass wir die notwendige Energie und Fähigkeit aufbringen werden, unser Anliegen in die Tat umzusetzen und die erste sozialistische, nach einem demokratischen, pluralistischen und freiheitlichen Modell errichtete Gesellschaft zu gestalten.

Was ist unerlässlich, und was ist nur wünschbar?

Was aber auf jeden Fall bei der Lektüre von Allendes Äußerungen klar wird, ist die unterschiedliche Gewichtung: Der Sozialismus ist ihm eine Unerlässlichkeit, der Pluralismus (ob vorläufig oder definitiv) eine Wünschbarkeit. Und wenn es zwischen den beiden Dingen zu wählen gelte?

Nun:
In unserm tiefsten Innern weisen wir Chilenen den Bruderkampf zurück. Wir werden aber niemals darauf verzichten, die Rechte des Volkes zurückzufordern. Unser Wappenspruch ist: «Durch die Vernunft oder die Gewalt». Aber zuerst durch die Vernunft.

Da ist man wieder beim pädagogischen Gehalt angekommen, der den Kommunisten im allerbesten Fall auszeichnet. Er ist der wahrheitsbesitzende Lehrer, der die Zöglinge mit Güte zu überzeugen sucht, es sei denn, dass sie sich widerspenstig zeigen, worauf sie dann die Rute selber verdient hätten. Aber die Demokratie besteht darin, dass man den Mitbürger als mündig gelten lässt, auch wenn er nicht den gleichen Wahrheiten huldigt wie man selber. Kohout, der überzeugte Kommunist (der als

(Fortsetzung auf Seite 6)

à propos Mensch

In dem sozialistischen Staat wundert sich immermal wieder einer anhand der Geschehnisse über die mangelnde Konsequenz des Menschen, der einfach nicht mit der Sozialtheorie von Marx, Lenin und Co. übereinstimmen will. Dabei sieht es so überzeugend und einfach aus: Man erzieht alle Kinder danach, und schon hat man die perfekte Gesellschaft aus lauter «neuen Menschen».

Woher dann die Rowdies in der dritten Generation, die verrohten jungen Sowjetmenschen? In der «Literaturnaja Gazeta» Nr. 39 (27.9.1972) stellt der Journalist V. Kokaschinskij diese Frage und antwortet: «Einer dieser Gründe (...) liegt in jedem Fall vor: Von der frühen Kindheit an haben die Eltern ihre Kinder sorgfältig von Tränen des Mitleids geschützt. Und in der Schule hat man ihnen allzu eifrig eingetrichtert, es gebe um uns herum schon keinerlei schwierigen Probleme des menschlichen Alltags mehr, und alles in der Welt werde ein gutes Ende nehmen. (...)

Durch den ganzen Ablauf unseres Lebens sind wir dahin erzogen und überzeugt worden, dass die Wahrheit unausweichlich triumphieren wird. Wir haben uns daran gewöhnt, dass die Autorität unseres Staates, unseres Gesellschaftsystems für sie Wache steht. Das ist prächtig. Aber alles hat seine Dialektik. Diese Gewohnheit lässt bei manchen eine Art ultimativer Forderung nach seelischem Komfort entstehen. (...)

Mit Trauer denke ich darüber nach, wie wir jenen unverantwortlichen Optimismus mancher Leute etwas eindämmen könnten, nach welchem (...) alle Fragen und Probleme unseres komplizierten Lebens zur allgemeinen Zufriedenheit vorzugsweise durch die übergeordneten Instanzen zu lösen sind.

Wir haben auf unsere Fahnen ‚Das Glück der Menschen‘ geschrieben, aber manche fangen an zu meinen, Glück bedeute Vergnügen und Bequemlichkeit, in dem kein Raum mehr weder für das Leiden selbst noch für den Kampf dagegen wäre. Das Leiden, das — wie es ja geschehen kann — wir selbst hervorrufen in diese Gotteswelt (sic!), für das wir aber keinerlei Verantwortung tragen wollen, indem wir sie auf verschiedene Sozialorgane und Lokalkomitees abwälzen. Man begegnet einzelnen Kameraden, die erstaunlich wenig bereit sind, Bürger unseres Vaterlandes zu sein, sondern es vorzögen, seine infantilen Kinder zu bleiben, die sich wundern und empören, dass es (das Vaterland) nicht jedesmal unsern Brüdern, die Schaden angerichtet haben, die Rute gibt.»

Eben! Schlüsselbegriff *Verantwortung*, durch die der Mensch zum Menschen wird und die der Mensch ohne Freiheit nicht wahrnehmen kann. Wir sind uns ja einig! An alle Regierungen ein paar Exemplare der «Litgazeta» Nr. 39 — zum Lesen und Beherzigen. HTD

Allende

(Fortsetzung von Seite 5)

solcher natürlich in der Tschechoslowakei von heute geächtet ist) hatte sich gegen die Diktatur der dogmatischen Genossen über die Andersdenkenden mit dem Argument ausgesprochen, dass es verbrecherisch sei, Kranke zu bestrafen statt sie zu pflegen. Eine humanere Auffassung als sie heute in den sozialistischen Staaten gestattet ist. Aber sie setzt bedenkenlos den Kommunisten als Arzt und den Nichtkommunisten als Patienten ins gesellschaftliche Gleichnis, und das gibt vielleicht einmal eine gute Spitalordnung, aber niemals eine Demokratie.

Allende hat sich also für einen pluralistischen und rechtsstaatlichen Weg zum wie immer gearbeteten Sozialismus ausgesprochen, und in den nicht ganz zwei ersten Jahren seiner Amtsausübung bis zum Ausbruch der akuten Krise dieses Herbstes hat man einigermaßen sehen können, wie sich dieser Weg in der Praxis ausnahm. Pluralismus, Legalität und öffentliche Freiheiten wurden nicht abgeschafft, aber die Ankündigung, diese Errungenschaften zu vertiefen, ist nicht eingehalten worden. Mehrmals hat Allende Beschlüsse des Parlaments missachtet, obwohl es als Gesetzgeber und Volksvertretung sein Vorgesetzter ist. Die Presse der Opposition konnte sich frei äussern, aber sie wurde über den Weg der Verstaatlichung der Papierproduktion gefährdet und auf verschiedene Arten schikaniert. Die Institution der geheimen Wahlen mit Alternativmöglichkeiten, eine Hauptsache der funktionierenden Demokratie, blieb bestehen; sonst hätte die «Unidad Popular» bei Zwischenwahlen ja nicht an Terrain einbüßen können. Alles in allem war sowohl der «Wettbewerb der Gedanken» (Pluralismus) als auch der «Wettbewerb der Macht» (Demokratie) präsent, aber zusehends mehr wegen seines «Missbrauchs» durch den «Klassenfeind» als Prinzip angefochten.

Unsichere Relevanz

Bei alledem fragt sich natürlich, wie relevant die Selbstdarstellung des Präsidenten überhaupt ist oder sein kann.

Wenn eine Volksfrontregierung Kurs auf einen kommunistisch verstandenen Sozialismus nimmt, pflegen pluralistisch-demokratische Errungenschaften über Bord zu gehen, und wenn das der Fall ist, spielt es schon keine Rolle mehr, ob es der Mann an der Spitze so gemeint hat oder nicht.

Bereits in der ruhigeren Amtszeit Allendes war die Rede davon, dass er gezwungen sein könnte, die bourgeoise Legalität zu verlassen, weil ihn ungeduldige Koalitionspartner sonst «links überholen» würden. Die Frage nach Sachzwang oder Vorwand wäre dann müssig. Und wie wäre Allende allenfalls im künftigen sozialistischen Chile zu gebrauchen: als Führer der Nation, als Gallionfigur oder vielleicht überhaupt nicht mehr? Die Analyse seiner Äusserungen gibt argumentativ einiges her, aber als prognostische Wissenschaft ist sie mit Vorsicht zu geniessen. Mit jeder Sicherheit werden sich zum Beispiel die kommunistischen Partner, die auf Moskau ausgerichtet sind, nicht um Pluralismus bemühen, wenn erst der «Sozialismus» eingeführt ist, und einige Koalitionselemente ausserhalb der KP möchten die demokratischen Errungen-

schaften jetzt schon abschaffen, weil sie nach ihrer Ansicht die Einführung des Sozialismus nur behindern. Die einen betrachten die Legalität als vorläufig nützlich, die andern als unmittelbar schädlich, und Allende erachtet sie als Postulat des guten menschlichen Zusammenlebens im Transformationsprozess. Das sind erhebliche Unterschiede im Vorgehen und in der Motivierung. Aber für das Resultat spielen sie offenbar keine allzu grosse Rolle, und wenn es einmal so weit ist, wird es wahrscheinlich nicht so sehr darauf ankommen, was für Vorstellungen Allende früher einmal vom «chilenischen Weg zum Sozialismus» hatte.

Dialektik der jetzigen Krise

Aber vielleicht hat es jetzt schon aufgehört, eine Rolle zu spielen. Auf jeden Fall geben die jüngsten Unruhen dem Argument Auftrieb, man sehe jetzt, was die Opposition mit den gestatteten Freiheiten anfangen, und dem Ruf «keine Demokratie für Klassenfeinde» folgt jeweils die schlichte Verwirklichung «keine Demokratie».

Die jetzige Krise in Chile steht, was westlich-marxistisches Selbstverständnis angeht, eigentlich unter dem grotesken Vorzeichen einer Rollenkehrung der «antagonistischen Klassenkräfte». Die Verfechter der bourgeoisen Demokratie und Legalität gehen gegen die strukturelle Gewalt der Machthaber mit den proletarischen Mitteln von Streiks und Demonstrationen vor, während die sozialistische Volksfrontregierung das Militär zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung einsetzt. Der kommunistische Parteichef Luis Corvalan sprach von einem «Staatsstreik neuen Stils»: «Als die Rechte einsah, dass sie nicht auf die Armee zählen konnte, wählte sie den Weg des Generalstreiks, um die Aktivitäten Chiles zu lähmen und das Land zu ersticken.» Und so etwas nimmt ein kommunistischer Generalsekretär in den Mund.

Man hat in unserer westlichen Presse darauf hingewiesen, dass es sich um einen «Mittelstandstreik» handle, der die untersten Schichten nicht erfasse. Nun, das kann ein bürgerlicher Kommentator schreiben. Aber es ist hier festzuhalten, dass gerade Marxisten sich nicht an diese «Entschuldigung» halten dürfen. Denn nicht nur Chauffeure, sondern auch Aerzte, Anwälte, Ingenieure, Bankangestellte oder Piloten sind in marxistischer Sicht Proletarier, weil sie Angestellte sind und nicht Eigentümer der Produktionsmittel. Gewiss haben «Besitzende» angefangen: Transportunternehmer, Fuhrleute, Ladeninhaber, ferner Selbständigerwerbende aller Arten, welche nur ihre eigene Arbeitskraft ausbeuten. Aber wie kommt «die Rechte» dazu, einen Generalstreik ausrufen zu können? Nicht, dass die Sache in einem kommunistisch strukturierten Land paradox wäre (siehe Dezember 1970 in Polen), wo die Lüge vom Arbeiterstaat von Zeit zu Zeit in Arbeiterunruhen sichtbar wird, aber im Westen ist das doch etwas Neues.

Ohne Zweifel lässt sich sagen, dass in Chile die Opposition nicht mit den demokratischen Mitteln vorgegangen ist, die ihr offenstehen. Noch konnte sie sich frei äussern, und der parlamentarische Weg war ihr unverbaut. Aber wiederum ist hier die Frage, wer diesen Vorwurf erheben darf, der auf der Grundvorstellung bourgeoiser Rechtsstaatlichkeit fusst.

Bei aller Dialektik freilich ist nicht zu übersehen, dass die gewalttätige Opposition den diktatorischen Kräften in der Regierung behilflich war, das ohnehin gewünschte Alibi zur Ausschaltung der Opposition (wahrscheinlich Salamitaktik) endlich zu bekommen. Vielleicht war schon vorher an der freien Durchführung der im März 1973 fälligen Parlamentswahlen zu zweifeln, aber jetzt sind die Aussichten noch ganz erheblich schlechter geworden. Der chilenische Weg wird ohne Demokratie zum Sozialismus führen. cb

Unser PRESSE-Kommentar

Die akute Krise in Chile hatte ihre Vorboten. Da sie in Streiks und Strassendemonstrationen zum Ausdruck kommt, würde man soziale Gründe vermuten wie eine Inflationsrate von rund 100 Prozent für das laufende Jahr, Versorgungsschwierigkeiten, mangelnder Teuerungsausgleich usw. Aber da vergisst man anscheinend spezifische Elemente von ganz anderer Natur. So hatte der «Tages-Anzeiger» am 19. September in einer Korrespondenz berichtet:

Im Süden floss Blut, als ehemalige Grossgrundbesitzer ihre Gehöfte mit Waffengewalt zurückerobern wollten, die nach den Kriterien des Landreformgesetzes enteignet und in Kooperativen umgewandelt worden waren. Vier Bauern und Landarbeiter — drei aktive Sozialisten und ein Kommunist — kamen bei diesen Aktionen ums Leben. Die Täter, deren Vorfahren den Eingeborenen das fruchtbare Land Stück für Stück entrissen hatten, ohne sich jemals um Gesetz und Moral zu kümmern, scheinen auch diesmal unbehelligt davonzukommen. Die chilenische Gerichtsbarkeit ist noch immer eine Domäne der konservativen Gesellschaftsschichten. Viele Magistraten waren selber Besitzer

ausgedehnter Ländereien — ehe die Unidad Popular ihre Agrarreform realisierte.

Da ich von ausgedehnten Ländereien unbelastet bin, könnte ich als Richter den Sachverhalt mit gebührender Strenge beurteilen. Das Verbrechen ist in der Tat so ungeheuerlich, dass es alle Vorstellungen sprengt. Oder können Sie sich den Ablauf vorstellen? Da stürmt ein Grossgrundbesitzer auf sein Gehöft zurück, um den Bauern und Landarbeitern einfach die Güter zurückzunehmen. Bewaffnet. Er will seine Ländereien mit Waffengewalt zurückerobern, alle neuen Besitzer enteignen. Und nachher hatte er natürlich im Sinn, die Ländereien wieder zu bebauen. Unklar ist hier höchstens noch, ob er das allein tun wollte oder ob er die Bauern wieder in seine Dienste genommen hätte. Mit vorgehaltener Maschinenpistole die Feldarbeiter. Und dann noch die Handgranate zum Rückwärtswurf gerüstet, für den Fall, dass das Hauspersonal rebellieren sollte. Und so hätte er seine Eroberung behauptet, Stunde für Stunde, Tag für Tag, Jahr für Jahr. Oder wie denn sonst? Ich sagte ja, dass das Verbrechen alle Vorstellungen übersteigt.

Das schlimmste ist, dass das Schule machen könnte. Wie, wenn der letzte Habsburger jetzt auf den Gedanken käme, sich Oesterreich-Ungarn so zurückzuerobern? Man unterschätze die Gefahr nicht: es ist ihm ohne weiteres zuzutrauen, eine Pistole zu besitzen. cb